

Newsletter #02 // 25. Oktober 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

auf den Straßen nimmt die neu entstehende „Occupy“-Bewegung die Forderungen der LINKEN auf und protestiert gegen die Macht der Banken. Und auch der Landtag kommt um das Thema nicht mehr herum. Die Regierungsfractionen stellen in aller Unschuld fest: „Finanz- und Bankenkrise treffen auch NRW“ ([Drs. 15-3023](#)). Die Fraktion DIE LINKE dagegen fordert echte Konsequenzen: „Die Macht der Finanzmärkte brechen“ ([Drs. 15-3024](#)). Zumindest im Landtag NRW stehen wir mit dieser Forderung aber (noch) allein da. Umso wichtiger, dass der Protest auf der Straße laut und unüberhörbar wird. Nicht nur die Bankenkrise wird die Menschen in NRW noch lange beschäftigen, auch der sogenannte Schulkonsens. CDU, SPD und Grüne haben am Donnerstag die Verfassung geändert – abschließend, wie sie sagen. Aber das Thema ist noch lange nicht vom Tisch. Unser [Schwerpunkt „Schulfrieden“](#) zeigt, was da in Zukunft auf Schüler/-innen und Eltern zukommt.

Eure Newsletter-Redaktion

Abonnieren könnt Ihr den Newsletter [hier](#). Und schon bekommt Ihr immer am Dienstag nach Plenarsitzungen aktuelle Infos aus unserer Fraktion. Ein bis zwei Mal im Monat also. Über Rückmeldungen freuen wir uns. Und: Unser Newsletter wird kein Endlos-Mailing. Versprochen.

Aus dem Landtag (Plenartage 19.10. - 20.10.2011)

In den Plenarsitzungen am 19. und 20. Oktober 2011 stand der [Schulkonsens](#) zwischen SPD, CDU und Grünen im Zentrum der Debatte. Mit der Änderung des Schulgesetzes und der Verfassung wird das gegliederte Schulsystem zementiert. DIE LINKE stimmte gegen den Schulkonsens und fordert stattdessen eine Schule für alle Kinder und im ersten Schritt dahin einen Rechtsanspruch für Eltern und Kinder auf einen Gesamtschulplatz sowie eine Pflicht der Kommunen, dem Elternwillen nachzukommen und ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Thema waren die überfüllten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Hier zeigte sich einmal mehr die Scheinheiligkeit von CDU und FDP. In einem [Antrag](#) forderte die CDU eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Dies ist unglaublich, da sich CDU und FDP bei der Abschaffung der Studiengebühren einer höheren Kompensation der Einnahmen aus den Studiengebühren verweigert hat. DIE LINKE machte dieses Anliegen in einem [Entschließungsantrag \(Drs. 15-3027\)](#) deutlich.

In einer Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag auf [Antrag der Fraktion DIE LINKE \(Drs. 15-3024\)](#) mit den weltweiten Protesten „Occupy Wallstreet“. In ihren Reden brachte DIE LINKE ihre Solidarität mit den Protesten zum Ausdruck und zeigte die Widersprüche in Bezug auf NRW auf. Auch in NRW wird nach derselben und durch die Bewegung zu Recht kritisierten Methode verfahren. Während die Landesregierung die WestLB-Abwicklung mit Milliarden finanziert, werden die Kommunen in Kürzungsorgien gezwungen. Das ist mit der LINKEN nicht zu machen.

Schwerpunkt: „Schulkonsens“

Am 20. Oktober 2011 war nach Auffassung von CDU, SPD und Grünen ein historischer Tag: Der „Schulfrieden“ von Nordrhein-Westfalen wurde geschlossen, indem

1. dem Schulgesetz eine weitere Schulform – die Sekundarschule – neben allen anderen hinzugefügt wurde und
2. aus der Landesverfassung die sogenannte Hauptschulgarantie ersetzt wurde durch: „Das Land gewährleistet ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen ermöglicht.“

Die Fraktion DIE LINKE kritisierte daran:

1. dass die Sekundarschule eben keine kleine Gesamtschule ist, welche DIE LINKE durchaus unterstützt hätte, denn:

- die Sekundarschule ist eine völlig beliebige Schulform, weil sie ab der 7. Klasse integriert, teilintegriert oder nach HS/RS-Zweig und RS/GY-Zweig getrennt gefahren werden kann und daher die Eltern gar nicht sicher sein können, dass dort, wo Sekundarschule drauf steht, auch längeres gemeinsames Lernen drin ist;
- die Sekundarschule wird, egal wie stark sie wächst, niemals eine eigene Oberstufe aufbauen können, sondern immer auf die Kooperation mit einem Gymnasium, einer Gesamtschule oder einem Berufskolleg angewiesen sein. Dadurch wird der Überstieg der Schüler/-innen in die gymnasiale Oberstufe erschwert, weil die Sek.-I-Lehrpläne immer schon auf die jeweiligen schuleigenen Schwerpunkte der gymnasialen Oberstufe abgestimmt werden.

2. dass die Verfassungsänderung zwar die Hauptschulgarantie streicht, aber die Veränderung nun nicht nur die Hauptschule, sondern das gesamte gegliederte Schulwesen schützt, was zu weiterem Streit unter den Kommunen führen wird.

3. dass das Thema Inklusion völlig ausgeklammert wurde, da die neuen Schulen nicht inklusiv sein müssen, was eine Missachtung der UN-Konvention der Rechte der Menschen mit Behinderungen darstellt!

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, den Elternwillen als planungsleitend für die Kommunen einzufügen, wurde auch abgelehnt. Nach wie vor haben die Eltern, die längeres gemeinsames Lernen wollen, also kein Recht für ihre Kinder auf einen Platz in einer Gesamtschule (oder demnächst Sekundarschule)! Insofern wurden hier NICHT „Betroffene zu Beteiligten“ (ein Lieblingsspruch der Landesregierung).

Mehr zum Thema auf der [Sonderseite Schulkonsens](#).

Kommentar: Gunhild Böth zum „Schulfrieden“ in NRW

NRW hat einen historischen Zeitpunkt verpasst: Trotz Rückenwind durch die Bildungskonferenz setzen SPD und Grüne auf die konservative CDU!

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Bildungskonferenz verpassten SPD und Grüne den Zeitpunkt, einen mutigen Schritt nach vorne zu tun: Längeres gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule!

Mit der Verfassungsänderung verschlimmern sie die Streitigkeiten zwischen Kommunen! War bisher die sogenannte Hauptschulgarantie der Bremsklotz, so müssen Kommunen demnächst mindestens zwei Schulformen des gegliederten Schulwesens in erreichbarer Nähe erhalten – zusätzlich zur integrierten Schulform Gesamtschule oder Sekundarschule, so die Verfassungsrechtler in der Anhörung!

Statt Elternrecht auf längeres gemeinsames Lernen für ihre Kinder „Schulfrieden“ mit der CDU und die Stadträte entscheiden statt der Eltern über die Schullandschaft vor Ort!

Statt „Einer Schule für Alle“ wird das gegliederte Schulwesen in der Verfassung zementiert!

Mehr zum Thema auf der [Sonderseite Schulkonsens](#).

Parlamentslexikon

An dieser Stelle erläutern wir stets einen Begriff aus dem Parlamentsalltag.

Ausschüsse im Landtag

Nicht alle Probleme können in aller Ausführlichkeit unter sämtlichen Landtagsabgeordneten erörtert werden. Dafür gibt es einfach zu viele Fragen. Und nicht alle Abgeordneten haben zu allen Themenkomplexen genug Fachwissen. Deshalb bildet der Landtag [Ausschüsse](#). Das sind Gruppen von Abgeordneten, die sich auf bestimmte Themengebiete spezialisiert haben, zum Beispiel der Ausschuss für [Schule und Weiterbildung](#) oder der [Haushalts- und Finanzausschuss](#). Im Landtag NRW gibt es 21 solcher Fachgruppen, dazu kommen noch zwei Untersuchungsausschüsse.

Jeder Ausschuss ist entsprechend der Größe der einzelnen Fraktionen im Landtag zusammengesetzt. Die Ausschüsse bereiten inhaltlich die Sitzungen und Beschlüsse des Landtags vor. Hier werden die Gesetzentwürfe beraten, Experten angehört sowie Anträge und Entwürfe sozusagen „abstimmungsreif“ gemacht, bevor sie in das Plenum kommen.

Termine

- **18.11.2001, Vorlesetag mit Anna Conrads, MdL in Duisburg**
14 Uhr, Anna Conrads liest vor in der Kita St. Peter, Mittelstraße 2a, 47169 Duisburg
16 Uhr, Anna Conrads liest vor in der Mädchenbildungsstätte „Mabilda“, Kalthoffstraße 73, 47166 Duisburg
- **18.11.2001, Vortrag von Anna Conrads zur Belastung mit Chrom und Nickel in Duisburg Meiderich**
18 Uhr, Informationsveranstaltung DIE LINKE, Saal der Evangelischen Kirchengemeinde Mittelmeiderich, Auf dem Damm 8 [[mehr Informationen hier](#)]
- **19.11.2011, Migrationspolitische Tagung im Landtag NRW**
11:00 - 17:00 Uhr, Landtag Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf [[mehr Informationen hier](#)]
- **21.11.2011, Veranstaltung "Wo bleibt das landesweite Sozialticket?"**
18:30 - 21:30 Uhr, ZAKK (Zentrum für Kultur und Kommunikation), Friedenstraße 40, 40233 Düsseldorf
Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e. V. in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW
- **29.11.2011 Input von Anna Conrads zu "Frauen im Strafvollzug" auf dem Fachkongress der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e. V. (BAGS)**
10:40 Uhr, Arbeitnehmer-Zentrum, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter [mehr Informationen bei [Anna Conrads](#) und der [BAGS](#)]
[Anmeldung bei der BAGS notwendig](#)

Weitere Termine gibt es unter anderem unter www.dielinke-nrw.de
Neu auf der Homepage

Jubiläumsfeier der „Kom!ma“, Verein für Frauenkommunikation

Anlässlich des 30. Geburtstags des Düsseldorfer Vereins für Frauenkommunikation „Kom!ma“ besuchte Hamide Akbayir, Frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, am 7. Oktober 2011 die Jubiläumsfeier und anschließende Party, die in den Räumen des Bürgerhauses Bilk durch ein abwechslungsreiches Programm beeindruckte. Neben dem iranischen Frauenchor „Forough“ konnte Pamela Granderath die Gäste begeistern. Einen weiteren Impuls gaben Mareen Heying und Monica Brauer durch ihre Ausstellung "Einblicke in den Berufsalltag von Sexarbeiterinnen" [[weiter](#)].

Bericht zur Tagung „Die Linke und die neuen Wohnungsfragen II“

Am 14. Oktober 2011 nahmen rund 35 Fachleute aus Mieter- und Erwerbslosenorganisationen, Forschungsinstituten und den Kommunen an einer Tagung "Finanzinvestoren in der Wohnungswirtschaft" teil. Veranstalter war die NRW-Landtagsfraktion DIE LINKE in Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum NRW e. V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Ali Atalan, wohnungspolitischer Sprecher und Mitglied in der Enquete-Kommission

„Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ für die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW, bekräftigte die im Landtagswahlprogramm der LINKEN getroffenen Aussagen: „Wohnen ist ein Menschenrecht. Ohne eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gibt es kein menschenwürdiges Leben.“

Einen ausführlichen Bericht gibt es [hier](#).

Der nächste Newsletter erscheint am 22. November 2011.

V.i.S.d.P.: Florian Kaiser, Pressesprecher, Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: (0211) 884-4602, Telefax: (0211) 884-3700, E-Mail: newsletter@linksfraktion-nrw.de

[\(Ab\)bestellen kann man den Linksletter hier](#)

Quelle: http://archiv.linksfraktion-nrw.de/medien/newsletter/newsletter_02_25102011/